

Miteinander leben in Europa

Asyl I

*AfD: Das individuelle Grundrecht auf Asyl soll durch eine Änderung des Grundgesetzes eingeschränkt werden. Die Genfer Konvention von 1951 und andere internationale Schutzabkommen sollen entsprechend verändert werden. Das Asylrecht wird als ein Vehikel der Masseneinwanderung missbraucht.
(AfD Grundsatzprogramm 2016)*

Jede/r politisch Verfolgte genießt Asylrecht (GG, Artikel 16a). Dies bedeutet, dass sich jede/r einzelne Verfolgte auf dieses Gesetz berufen kann und ihr/ihm Asyl zusteht. Die Änderung der AfD würde bedeuten, dass es keinen Rechtsanspruch gibt und bei genauem Hinsehen will sie vor allem eine verstärkte Abschiebungspraxis vorantreiben.

Asyl II

*AfD: Der Familiennachzug für anerkannte Asylbewerber ist zu beenden. Die Abschiebung von Asylbewerber_innen deren Anträge abgelehnt werden, muss konsequent vollzogen werden.
(AfD Grundsatzprogramm 2016)*

Die Genfer Konvention verbietet Geflüchtete in ein Land zurückzuschicken, in dem ihnen politische, religiöse, militärische oder eine andere Verfolgung droht. Dieses Völkerrecht ist einzuhalten. Die Rückführung von Geflüchteten, deren Antrag abgelehnt wurde, unterliegt humanitären Grundsätzen, die zeitliche Verzögerungen und begründete Ausnahmefälle möglich machen. Ein Familiennachzug für anerkannte Asylbewerber_innen ist an Begrenzungen und Bedingungen gebunden und ebenfalls eine humanitäre und höchst menschliche Grundsatzhaltung.

Europa

*AfD: Es soll ein Europa der Vaterländer mit nationalen Demokratien errichtet werden. Die Politik in Europa ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden.
(AfD Grundsatzprogramm 2016)*

Ein „Europa der Vaterländer“ ist die denkbar schlechteste Alternative zu einer EU. Es ist eine Herausforderung Europa demokratischer zu gestalten und nicht, den nationalistischen Ungeist wieder aufleben zu lassen.

Die europäische Idee und die Bildung europäischer und weltweiter Zusammenschlüsse erfolgte, um millionenfachen Tod und Verwüstung zweier Weltkriege, die „europäische Vaterländer“ geführt haben, für die Zukunft zu verhindern.

Miteinander leben in Europa

Islam

AfD: Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Die Partei will die Religionsausübung durch Gesetze einschränken. Minarette sowie der Muezzinruf werden abgelehnt. Vollverschleierung im öffentlichen Raum wie das Tragen von Burka und Niqab sollen verboten werden. Es soll ein Kopftuchverbot an allen Schulen und im öffentlichen Dienst erlassen werden.

(AfD Grundsatzprogramm 2016)

Der Islam ist Realität in Deutschland, im Land leben ca. 4 Millionen Muslime. Sie sind Teil unserer Gesellschaft. Die Religionsfreiheit ist durch das Grundgesetz gesichert, alle Religionen können danach ihren Glauben ausüben. Der Rechtsanspruch auf Religionsausübung sichert auch eine entsprechende Kleidung zu, wie sie bei uns z.B. in der katholischen Kirche üblich sein kann. Zusammenleben und Integration setzt voraus, dass wir Unterschiedlichkeit zulassen und tolerieren.

Grenzen

AfD: Vollständige Schließung der EU-Außengrenzen. Geflüchtete bekommen das ‚Optionsangebot‘, ein UN-/EU-Asylzentrum in einem sicheren Drittstaat aufzusuchen und dort Asyl zu beantragen. Antragsteller_innen aus Deutschland müssen zurück und auf den Entscheid warten. Die AfD will das individuelle Asylrecht durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes (institutionelle Garantie) ersetzen.

(AfD Grundsatzprogramm 2016)

Asyl ist in Deutschland ein Grundrecht. Geflüchtete in die Herkunftsregion zu verschieben ändert an den Fluchtursachen gar nichts. Um dem Grundrecht nach Asyl nachzukommen und persönliche sowie wirtschaftliche und humanitäre Sicherheit zu ermöglichen braucht es internationale Solidarität. Ein Abschotten europäischer Staaten verlagert ein humanitäres Problem und beseitigt es nicht.